



AUSTRIAN INSTITUTE FOR
EUROPEAN AND SECURITY POLICY



Bundesministerium
Landesverteidigung

Nr. 2024/2

Status Quo der Visegrád Gruppe

Implikationen und Ausrichtung der neuen
slowakischen Regierung

von Lívia Benko
März 2024

AIIES STUDY

Executive Summary

Die folgende AIES Studie wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) verfasst und widmet sich jüngsten Entwicklungen der Visegrad-Gruppe nach den Wahlen in der Slowakei. Die Visegrád Gruppe (V4) ist eine wichtige Plattform für die regionale Zusammenarbeit zwischen den Ländern Polen, Ungarn, der Slowakei und der Tschechischen Republik, welche in den letzten drei Jahrzehnten gut funktionierte. Die sich überschneidenden Interessen der Mitgliedsstaaten sowie weitgehende Einigkeit in Kernfragen ermöglichten eine gemeinsame Lösungsfindung. Das Format, welches durch Differenzen bezüglich Rechtsstaatlichkeit und die Missachtung der EU-Werte durch Polen und Ungarn in den letzten Jahren erschüttert wurde, sieht sich aktuell mit Turbulenzen konfrontiert. Die Entwicklungen des russischen Angriffskrieges seit 2022 und die unterschiedlichen Positionen der V4-Länder in Bezug auf die Unterstützung der Ukraine verschlechterten die Beziehungen der V4 noch weiter.

Der Krieg veränderte die Dynamik innerhalb des Formats erheblich und polarisierte die Gruppe, indem er zwei Fronten schuf und die Gruppierung von einer V3+1 in eine V2+2, mit einem pro-russischen populistischen Flügel von Viktor Orbán (Ungarn) und Robert Fico (Slowakei) auf der einen Seite und einem progressiveren, zu westlichen Werten tendierenden Flügel von Petr Pavel (Tschechische Republik) und Donald Tusk (Polen) auf der anderen Seite, umformte. Ungarn mit seiner pro-russischen Haltung und seiner unsolidarischen Reaktion auf den Krieg in der Ukraine sowie der Verweigerung militärischer Hilfe für das Land, hat einen Verbündeten in der Slowakei und ihrer neuen pro-russischen Regierung gefunden, die das Land auf einen Weg bringt, der in die gleiche Richtung wie Ungarn führt. Diese Entwicklungen behindern die Einheit der Gruppe und die sich daraus ergebenden großen Unterschiede in den Länderpositionen machen eine Wiederbelebung einer koordinierten Außen- oder Europapolitik vorerst unmöglich. In der Zwischenzeit arbeiten die V4 auf einer gedämpften politischen Ebene weiter und versuchen, die bestehenden Differenzen zurückzudrängen.

Trotz der veränderten Dynamik und der Meinungsverschiedenheiten glauben die führenden Vertreter:innen der V4, dass das Format eine Zukunft hat. Nach Beendigung des Krieges in der Ukraine hofft die Gruppe, sich in wichtigen Fragen wie der Erweiterung der Europäischen Union und der regionalen Zusammenarbeit wieder zusammenzufinden. Die Kommunikation zwischen den Ländern ist auf vielen Ebenen noch möglich. Es bleibt abzuwarten, wie sich die neuen politischen Orientierungen und das Regierungshandeln Polens und der Slowakei unter neuer Führung auf die Visegrád-Gruppe auswirken werden. Die negativen Maßnahmen, die die russlandfreundliche slowakische Regierung in letzter Zeit ergriffen hat, insbesondere die Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit und neue umstrittene Gesetze, könnten die Kluft innerhalb des Formats vertiefen, da sie in starkem Kontrast zur Position Polens stehen, wo der Regierungswechsel das Land in eine pro-europäischere Richtung gelenkt und den Streit mit Brüssel gedämpft hat.

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	1
Inhaltsverzeichnis	2
1. Einleitung	2
2. Der Rückschritt der Demokratie die spaltende Wirkung auf die V4.....	2
3. Weitere Verschlechterung der V4-Beziehungen im Kontext der russischen Aggression gegen die Ukraine	3
4. Weitere Umstrukturierung nach dem Wahljahr 2023	4
5. Die Auswirkungen der neuen slowakischen Regierung und ihres Handelns auf die Einheit der Visegrad-Gruppe	5
6. Die Abschaffung der Sonderstaatsanwaltschaft	7
7. Zusammenfassung	9
Bibliografie.....	11

1. Einleitung

Die Visegrád-Gruppe (V4) ist ein politisches Bündnis der vier mitteleuropäischen Länder Ungarn, Polen, Tschechien und Slowakei, das seit 33 Jahren besteht. Der Block ist kulturell¹ und traditionell eng miteinander verbunden und weist hinsichtlich des historischen Hintergrunds, der Nachbarschaft und der geopolitischen Lage große Ähnlichkeiten auf.² Die Gruppe wurde nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion³ gegründet und ist ein informelles regionales Kooperationsformat⁴ sowie eine Plattform zur Erörterung und Hervorhebung regionaler Bestrebungen und Ziele der beteiligten Länder.⁵ Die Idee zur Entwicklung dieser regionalen Zusammenarbeit geht auf Zbigniew Brzezinski zurück, der 1989 die Notwendigkeit der Schaffung einer Union auf Grundlage einer polnisch-tschechoslowakischen Konföderation betonte.⁶

Die Visegrád-Gruppe, die im Februar 1991 von den Gründungspräsidenten Ungarns, Polens und der ehemaligen Tschechoslowakei ins Leben gerufen wurde, funktionierte über ein Vierteljahrhundert durchaus gut und war sich auch in heiklen Fragen wie der Migration (2015) einig, wobei regelmäßige Treffen auf verschiedenen Ebenen stattfanden und

der Vorsitz jährlich wechselte. Anlässlich des 30-jährigen Bestehens der V4 im Jahr 2021 hat die Gruppe ihre Prioritäten in vier Hauptbereichen aktualisiert: 1) Gesellschaft, Wirtschaft und Innovation; 2) Umwelt, Energie und Verkehr; 3) Innere und äußere Sicherheit; und 4) Internationale Zusammenarbeit und Solidarität.⁷ Wirklich schwerwiegende Konflikte innerhalb der Gruppierung traten erst nach dem raschen Anstieg des Populismus in Polen und Ungarn auf, insbesondere im Hinblick auf die Politik von Viktor Orbán und seiner Fidesz-Partei sowie der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS).⁸

2. Der Rückschritt der Demokratie die spaltende Wirkung auf die V4

Polen ist aufgrund von Angriffen auf die Rechtsstaatlichkeit sowie die Unabhängigkeit der Justiz in eine Krise mit Brüssel geraten. Die Regierung der Recht und Gerechtigkeit Partei (PiS) verabschiedete neue Gesetze, welche das Justizsystem anfälliger für politische Einmischung und Einflussnahme machen.⁹ Hierdurch entstanden Uneinigkeiten innerhalb der V4 über Polens Einhaltung der EU-Werte, insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit der Justiz, die sich aufgrund der fehlenden unabhängigen und legitimen Verfassungsprüfung sowie der Art der Verab-

scheidung von Gesetzen durch das polnische Parlament ergaben.¹⁰ Als Reaktion auf Letzteres entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Jahr 2023, dass die polnische Justizreform von 2019 aufgehoben werden muss. Die Empfehlung, das Amt des Generalstaatsanwalts vom Amt des Justizministers zu trennen, wurde jedoch nicht befolgt. Der Oberste Gerichtshof in Polen erkannte die Urteile des Europäischen Gerichtshofs nicht in vollem Umfang an, obwohl er den EU-Verträgen nach hierzu verpflichtet gewesen wäre.

Die Kommission leitete daraufhin mehrere Verfahren gegen Polen ein, sodass das Land aufgrund der Missachtung der Urteile des EuGH seit 2021 bereits 360 Millionen Euro an Geldstrafen zahlen musste. Die Europäische Kommission hat außerdem Zahlungen aus ihrem 35 Milliarden Euro schweren Pandemieprogramm für Polen zurückgehalten. Diese Mittel werden erst dann freigegeben, wenn die erforderlichen Voraussetzungen, darunter die Einhaltung der richterlichen Unabhängigkeit, erfüllt sind.¹¹

Auch Ungarn steht vor Herausforderungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, wie etwa der Funktionsfähigkeit des Verfassungs- und Wahlsystems, der Unabhängigkeit der Justiz und der Medienfreiheit.¹² Der erste Entschluss des Europäischen Parlaments als Reaktion auf die Verschlechterung der Demokratie in Ungarn stammt aus dem Jahr 2011. Ungarns EU-Mittel wurden wegen Bedenken hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ausgesetzt. Das Europäische Parlament erklärte sogar, dass Ungarn keine Demokratie mehr sei, sondern stattdessen als "Wahlautokratie" bezeichnet werden könne.

Es folgten weitere Maßnahmen seitens der Kommission und des Rates, was konkret Schritte gegen das Orbán-Regime bedeutete.¹³ Im Rahmen des Konditionalitätsmechanismus für den Haushalt hat der Rat Maßnahmen zum Schutz des Unionshaushalts vor Verstößen Ungarns gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit beschlossen, insbesondere sollen Bereiche wie öffentliches Auftragswesen, Strafverfolgung, Interessenskonflikte, Korruptionsbekämpfung und öffentliche Stiftungen geschützt werden. Nach Ansicht der Kommission hat Ungarn die Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit nicht behoben, weshalb die Kommission die

Aufhebung der Maßnahmen gegen Ungarn aktuell nicht vorschlägt.

Bezüglich der Defizite im Bereich der richterlichen Unabhängigkeit, sind leichte Fortschritte zu verzeichnen. Ungarn hat Rechtsvorschriften erlassen, die die Unabhängigkeit der Justiz im Land stärken. Nach einer gründlichen Begutachtung 2023 kam die Kommission daher zu der Ansicht, dass das Land die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, damit die Kommission die Bedingung der Horizontalwirkung der EU-Grundrechtecharta als erfüllt ansehen kann. Trotz der Fortschritte des Landes in diesem Bereich hat die Kommission jedoch weiterhin Bedenken in anderen Bereichen, die ebenfalls unter die Horizontalwirkung der EU-Grundrechtecharta fallen: insbesondere das so genannte Kinderschutzgesetz, sowie die ernsthafte Bedrohung der akademischen Freiheit und des Asylrechts sind hier zu nennen.¹⁴ Aus diesem Grund erhielt das Land im Jahr 2023 nur etwa 55 % der zugewiesenen Mittel aus dem EU-Haushalt.¹⁵

3. Weitere Verschlechterung der V4-Beziehungen im Kontext der russischen Aggression gegen die Ukraine

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Beziehungen der V4 erheblich verändert. Nach der vollumfänglichen russischen Invasion im Februar 2022 war eine weitere Vertiefung der politischen Kluft innerhalb der V4 und eine Zunahme der Spannungen zwischen den Ländern zu beobachten. In dieser Zeit reagierte Ungarn hochgradig unsolidarisch, indem es Kiews Ambitionen auf eine NATO-Mitgliedschaft behinderte und vorsätzlich mehr als 50 Milliarden Euro an EU-Hilfen für die Ukraine blockierte. Das russlandfreundlichste Land unter den V4 nutzt die Rhetorik des alten Großungarns und verbreitet nach wie vor Falschinformationen über die Verfolgung der ungarischen Minderheit in den ukrainischen Karpaten, eine Region, die viele ungarische Nationalisten gerne wieder zu Ungarn zählen würden.¹⁶

Die außenpolitischen Positionen von Orbán seit der russischen Invasion, wie etwa die Verweigerung der

militärischen Unterstützung für die Ukraine, unrealistische Forderungen nach einem Waffenstillstand und Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sowie weit verbreitete prorussische Narrative in den ungarischen Medien, führten zu erheblichen Verschiebungen innerhalb der V4 und lösten heftige negative Reaktionen in den Regierungen Polens, Tschechiens und der Slowakei aus. Polen, früher ein starker Unterstützer Ungarns, ist seinem Verbündeten gegenüber kritischer geworden. Laut dem polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki haben sich "Polen und Ungarn entzweit". Dies zeigt sich auch in der Abnahme offizieller bilateraler Treffen der Staats- und Regierungschefs der beiden Länder, beispielsweise der Absage des polnisch-ungarischen Freundschaftstages 2022 und 2023 durch die polnische Seite.

Auch die Beziehungen Ungarns zur Tschechischen Republik wurden stark beeinträchtigt: Die Sprecherin der tschechischen Abgeordnetenversammlung, Marketa Pekarova Adamova, weigerte sich, im November 2022 ihren ungarischen Amtskollegen zu treffen. Der Status Quo der V4 nach den Entwicklungen seit Kriegsbeginn wurde vom damaligen tschechischen Minister für EU-Angelegenheiten, Mikulas Bek, treffend beschrieben, der die Visegrád-Gruppe als ausgesetzt bezeichnete. Auch der ehemalige slowakische Außenminister Ivan Korcok äußerte sich 2022 zu diesem Thema und erklärte, dass das Beste für die Gruppe in der gegenwärtigen Situation sei, "die außenpolitische Dimension der Visegrád-Gruppe deutlich zu dämpfen, was die gemeinsamen Ziele der Gruppe in den Vordergrund stellen und die starken Differenzen in den Hintergrund drängen würde".¹⁷

4. Weitere Umstrukturierung nach dem Wahljahr 2023

Die Beziehungen innerhalb der V4 wurden durch die Ergebnisse der Parlamentswahlen 2023 in Polen (15. Oktober 2023) und in der Slowakei (30. September 2023) weiter verkompliziert, da die Ergebnisse die politische Landschaft in beiden Ländern neu ordneten.¹⁸ In der Slowakei übernahm die nationalistische, populistische und prorussische Partei

SMER nach den Parlamentswahlen vom 30. September die Regierungsführung.¹⁹ Der Parteivorsitzende Robert Fico war zwar bereits von 2006 bis 2010 und von 2012 bis 2018 Premierminister, doch löste Ficos Rückkehr aufgrund seiner Positionen zum Krieg in der Ukraine international Bedenken und Kritik aus.²⁰ Sein erneuter Amtsantritt verschärfte zudem die Spaltung innerhalb der V4 aufgrund seiner russlandfreundlichen Politik sowie seiner Regierungspositionen, welche eher mit denen von Orbán als mit denen der anderen beiden Visegrád-Staaten übereinstimmen. Letzteres veränderte die Gruppierung weg von einem V3+1 Verhältnis hin zu einer V2+2 Konstellation; die bestehenden Differenzen hinsichtlich des Umgangs mit Russland und die EU-Politik werden die V4 auch in Zukunft belasten.²¹ Aus den genannten jüngsten Entwicklungen wird deutlich, dass sich die Dynamiken des Formats stark veränderten und zu einer zunehmenden Fragmentierung geführt haben. Die V4 wird voraussichtlich weiterhin als Plattform für die regionale Zusammenarbeit dienen, aber eine Wiederbelebung der koordinierten quadrilateralen Außen- oder Europapolitik ist vorerst nicht zu erwarten.²²

Das Jahr 2023 markierte somit weitere große Umbrüche in den ohnehin schon turbulenten Zeiten für die V4-Gruppe mit nicht nur einer, sondern zwei Parlamentswahlen. Die Wahlen in Polen brachten die größte Wende in der Region mit sich. Am 15. Oktober wurde die konservative, nationalistische PiS-Regierung abgesetzt und durch eine mitte-liberal-progressive Koalition unter der Führung von Donald Tusk ersetzt. Tusk war bereits von 2007 bis 2014 Premierminister und seine Rückkehr in die Regierung stellt eine bedeutende positive Wende für das politische Warschau dar, die sich nun nach acht Jahren angespannter Beziehungen wieder stärker an Brüssel annähert.

Viktor Orbáns Ungarn bleibt nun die einzige Konstante der letzten zehn Jahre innerhalb der V4-Gruppe. Das vierzehnte Jahr in Folge, in dem Viktor Orbán Regierungschef ist, hat begonnen und nichts scheint seine Position zu destabilisieren. Nicht einmal die jüngsten beunruhigenden Entwicklungen in der "Pädophilie-Affäre", wegen der die ungarische Staatspräsidentin Katalin Novak und die Justizministerin zurücktraten (nachdem die Präsidentin ei-

nen ehemaligen Beamten begnadigt hatte, der wegen Vertuschung von sexuellem Missbrauch in einem Kinderheim verurteilt worden war), fügen Orbán nennenswerten politischen Schaden zu.²³ In einem Land, in dem die Parteispitze ein Monopol im Mediensektor hat, sind diese Entwicklungen aus demokratiepolitischer Sicht besonders besorgniserregend. Das kürzlich verabschiedete Gesetz zum Schutz der nationalen Souveränität, welches die Einrichtung einer Stelle zur Untersuchung und Kontrolle von Verdächtigen vorsieht, die ausländischen Interessen dienen könnten, hat das Potenzial die aktuelle Situation weiter zu verschlimmern. Der Hauptkritikpunkt an diesem Gesetz ist, dass es den russischen Rechtsvorschriften über ausländische Agenten sehr ähnelt, was sowohl symbolisch als auch praktisch eine ideologische Nähe zu autoritären Systemen suggeriert.

In der Tschechischen Republik brachten die Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2023 mit dem Sieg von Petr Pavel neben dem Regierungswechsel in Polen eine weitere politische Veränderung in Mitteleuropa. Pavel ist ein starker Befürworter der Militärhilfe für die Ukraine und erkennt die Gefahr der russischen Desinformations- und hybriden Kriegstaktiken, die ein weit verbreitetes Problem innerhalb der Visegrád-Gruppe darstellen.²⁴ Es kann davon ausgegangen werden, dass das Wahlergebnis zu inner-tschechischer Stabilität beiträgt, trotz der unruhigen wirtschaftlichen Situation und ökonomischen Spannungen im Land.²⁵ Was jedoch die jüngsten Entwicklungen betrifft, so ist eine Verschlechterung der tschechisch-slowakischen Beziehungen zu beobachten. Die tschechische Regierung hat kürzlich die für Ende April geplanten Regierungskonsultationen mit der slowakischen Regierung abgesagt. Grund dafür war das Treffen zwischen dem slowakischen Außenminister Juraj Blahar und seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow. Nach Ansicht der tschechischen Regierung sind Regierungskonsultationen mit der slowakischen Regierung unter solchen Umständen unangemessen.²⁶ Dies zeigt eine weitere Bruchlinie der V4-Gruppe hin zu einer V2+2 Konstellation auf.

In Anbetracht jener neuen Entwicklungen ist die Visegrád-Gruppe nun in zwei Lager gespalten: dem pro-russischen, populistischen Flügel von Viktor Orbán und Robert Fico und dem progressiveren, den

westlichen Werten zugeneigten Flügel von Petr Pavel und Donald Tusk. Der populistische Flügel steht für jahrelange russische Desinformation und hybride Kriegsführung in Europa, während Donald Tusk, der die Blockade der Bauern an der ukrainischen Grenze unterstützt hat, weiterhin gegen Populismus und russische Desinformation in Polen kämpft. Das Gleiche gilt für Pavel in der Tschechischen Republik, der ebenfalls die Bedrohung durch Populismus und Informationskriegsführung sieht, die zu instabilen hybriden Regimen führen. Die beiden Länder bilden nun einen gemäßigeren pro-EU-Flügel und versuchen, den Populismus und die russische hybride Einflussnahme in Mitteleuropa einzudämmen.²⁷

In diesem turbulenten geopolitischen Kontext hat seit Juli 2023 Tschechien die Präsidentschaft der Visegrád-Gruppe übernommen. Dabei folgt die tschechische Ratspräsidentschaft dem Programm der slowakischen Ratspräsidentschaft, zur Grundlage der Visegrád-Zusammenarbeit zurückzukehren, welche die Prinzipien der Menschenrechte, der Freiheit, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der guten Nachbarschaft und des Engagements für die europäische Integration und das transatlantische Bündnis respektiert. Hierbei plant die tschechische Ratspräsidentschaft, die Bürgerinnen und Bürger vermehrt in den Mittelpunkt zu stellen und die erfolgreichen Projekte der V4 fortzusetzen, die das Zusammenleben in der mitteleuropäischen Region und in Europa erleichtern.²⁸

5. Die Auswirkungen der neuen slowakischen Regierung und ihres Handelns auf die Einheit der Visegrad-Gruppe

Die wichtigsten Ereignisse dieses Jahres, die die politische Szene in der Slowakei geprägt und beeinflusst haben, waren die Entwicklungen in der Regierung Heger, die zur Bildung des ersten Technokraten-Kabinetts in der Geschichte der Slowakei und zu vorgezogenen Neuwahlen führten, die den Smer-SD-Vorsitzenden Robert Fico zurück an die Macht brachten. Die Regierung von Premierminister Eduard Heger verlor im Dezember 2022 das Misstrauen

ensvotum, nachdem sich eine ehemalige Koalitionspartei der Opposition angeschlossen und dem Kabinett vorgeworfen hatte, die steigenden Lebenshaltungskosten zu ignorieren und die slowakischen Bürger zu vernachlässigen. Anschließend trat Eduard Heger vom Amt des Premierministers zurück, woraufhin eine technokratische Regierung folgte, die von der slowakischen Präsidentin Zuzana Čaputová am 15. Mai 2023 ernannt wurde. Kabinettschef war der damalige stellvertretende Präsident der Slowakischen Nationalbank, Ľudovít Ódor, der bis zu den vorgezogenen Neuwahlen im September im Amt war.

Das slowakische Parlament wiederum beschloss, seine vierjährige Amtszeit um fünf Monate zu verkürzen und am 30. September 2023 neue Wahlen abzuhalten. Die vorgezogenen Parlamentswahlen bestätigten die Ergebnisse der Meinungsumfragen, wonach die populistische Partei Smer-SD des dreimaligen Premierministers Robert Fico den ersten Platz belegen würde. Die Smer-SD war 2020 nach acht Jahren an der Macht in die Opposition gegangen, nachdem die selbsternannte Anti-Korruptions-Bewegung OĽaNO die Parlamentswahlen in jenem Jahr gewonnen hatte und es ihr gelungen war, die SMER-Partei an einem weiteren Wahlsieg in der zersplitterten politischen Szene zu hindern und so auch das organisierte Verbrechen einzudämmen, das während der SMER-Regierungszeit florierte.

Bei den Wahlen von 2023 kam es jedoch erwartungsgemäß zu einem Wiederaufleben der damaligen Oppositionspartei Smer-SD (23 %), gefolgt von der PS (18 %) und der Hlas-SD (14,7 %). Da keine politische Kraft eine parlamentarische Mehrheit erreichte, war die Smer-SD gezwungen, Koalitionspartner zu finden, um eine Regierung bilden zu können. In den Gesprächen nach den Wahlen kämpften Populisten und Liberale um die Unterstützung der Partei Hlas-SD, um eine Regierung zu bilden und die Richtung für die Slowakei in den kommenden vier Jahren vorzugeben. Die Ablehnung der Liberalen durch die Hlas-SD ebnete Fico den Weg für seine vierte Amtszeit als Premierminister. Er bildete eine parlamentarische Mehrheit, indem er eine Regierungskoalition mit den Parteien Hlas-SD und der ultranationalistischen Slowakischen Nationalpartei einging.²⁹

Bei der Kabinettsbildung gab es jedoch einige Komplikationen. So weigerte sich Präsidentin Čaputová beispielsweise, Rudolf Huliak von der rechtspopulistischen SNS als Umweltminister zu unterstützen, nachdem dieser die Existenz des Klimawandels geleugnet hatte. Schließlich stimmte Čaputová der Ernennung der Regierung, einschließlich Fico als Premierminister, zu, nachdem Huliak durch den SNS-Kandidaten Tomáš Taraba für den Posten des Umweltministers ersetzt worden war. Tarabas regelmäßige Angriffe auf Nichtregierungsorganisationen und Umweltaktivist:innen sowie seine frühere Mitgliedschaft bei der neonazistischen und rechtsextremen Ludová strana Naše Slovensko (Volkspartei Unsere Slowakei, ĽSNS), lassen jedoch an seiner Eignung für den Posten zu zweifeln.

Dies ist Ficos vierte Amtszeit, nachdem er 2018 vom Amt des Premierministers zurückgetreten war, als es nach der Ermordung des Enthüllungsjournalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová zu massiven Protesten der Bürgerinnen und Bürger gekommen war, die einen politischen Wandel forderten. Die Morde ereigneten sich, nachdem Kuciak die Aktivitäten der italienischen Mafia in der Slowakei untersucht und Korruption im Zusammenhang mit den Geschäften des lokalen Unternehmers Marián Kočner aufgedeckt hatte. Fico und andere Minister:innen seines damaligen Kabinetts traten zurück, nachdem rund 50.000 Menschen auf der Straße protestiert hatten.³⁰

Seit Beginn seiner Amtszeit hat Fico mehrere Pläne bekannt gegeben, in denen er jegliche militärische Unterstützung für die Ukraine ablehnt und stattdessen eine Friedenslösung fordert. Fico erklärte wiederholt, dass der Krieg in der Ukraine ein Konflikt zwischen den USA und Russland sei und dass die Europäische Union zu einem Projekt geworden sei, das die Ermordung von Menschen in der Ukraine unterstütze.³¹ Daher war es keine Überraschung, dass eine der ersten Entscheidungen der neuen Regierung die Einstellung der Militärhilfe für die Ukraine und die Ablehnung von EU-Sanktionen gegen Russland war.³²

Slowakischen und ausländischen Expert:innen zufolge stellen Fico und seine Smer-Partei Journalist:innen zunehmend als Feinde dar und ergreifen Maßnahmen zur Zerschlagung der sogenannten

Mainstream-Medien, was eine massive Gefährdung der Pressefreiheit darstellt.³³ Der Premierminister drohte, vier Medienunternehmen den Zugang zum Regierungsbüro zu verweigern, und kopierte damit die Strategien von Viktor Orbán im benachbarten Ungarn, um Druck auf unabhängige Institutionen auszuüben.³⁴ Konkret beschuldigte das Büro des Premierministers die Medienorganisationen Aktuality, den populären privaten Fernsehsender Markíza und die Tageszeitungen SME und Denník Falschinformationen in der Öffentlichkeit zu verbreiten.³⁵

6. Die Abschaffung der Sonderstaatsanwaltschaft

Die größte Bedrohung für die Rechtsstaatlichkeit in der Slowakei ist jedoch der Gesetzesentwurf zur Überarbeitung des slowakischen Strafgesetzbuchs, mit dem die Sonderstaatsanwaltschaft, die sich mit den heikelsten Korruptionfällen befasst, abgeschafft werden soll.³⁶ Die Sonderstaatsanwaltschaft wurde im Jahr 2004 eingerichtet, um hochkarätige Fälle zu überwachen. Fico und Verteidigungsminister Robert Kaliňák waren selbst ins Visier der Ermittlungen geraten, welche jedoch später unter Berufung auf das geltende Strafgesetz von der Generalstaatsanwaltschaft eingestellt wurden.³⁷

Es ist klar, dass die neue Gesetzgebung den Schutz von Hinweisgebern stark einschränken und die Aufdeckung von Korruptionsdelikten erheblich erschweren wird. Das Gesetz wurde von der slowakischen Regierung am 6. Dezember 2023 ins Parlament eingebracht und sieht nicht nur die Abschaffung des Hinweisgeberschutzes für Polizeibeamte vor, sondern auch eine Einschränkung des Mindestrechts auf freie Meinungsäußerung durch die Einführung willkürlicher, subjektiver Urteile, die nicht in der Whistleblower-Richtlinie der Europäischen Union enthalten sind. Dies könnte gegen die Konditionalitätsverordnung der EU verstoßen und ein Hindernis für den Transfer von EU-Mitteln an die Slowakei darstellen.

Ficos Regierung verteidigte das Gesetz mit dem Argument, dass die Ausnahme für die Polizei gerechtfertigt sei, da Fragen der nationalen Sicherheit von der Richtlinie ausgenommen seien. Dies schränkt

jedoch nur den Gegenstand der Offenlegung ein. Die Richtlinie besagt nicht, dass Beamte, die für die nationale Sicherheit zuständig sind, nicht geschützt sind, wenn sie Rechtswidrigkeiten oder Amtsmissbrauch unabhängig von der nationalen Sicherheit aufdecken.

Die vorgeschlagenen Rechtsvorschriften enthalten zahlreiche Bestimmungen zur willkürlichen Aufhebung des Mindestschutzes der Redefreiheit. Darüber hinaus ist in Abschnitt 2(k) der Gesetzgebung die Aufhebung von rechtlichem Schutz von Whistleblowern bei "scheinbarem" Missbrauch von Whistleblowing vorgesehen, wodurch der Schutz von Whistleblowern, die einen "scheinbaren Missbrauch" in ihrer Berichterstattung begehen, aufgehoben wird. Dies ermöglicht die willkürliche und potenziell politisierte Verfolgung von Whistleblowern.

Darüber hinaus wurde bei diesem konkreten Legislativvorschlag die Gesellschaft nicht miteinbezogen, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt. Dies verstößt gegen das Grundprinzip des EU-Rechts, wonach das Handeln der Regierung auf transparente, pluralistische und demokratische Weise begründet werden muss. Der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit verlangt Rechtssicherheit, was bei einer derart raschen Gesetzgebung nicht der Fall ist, und die Art und Weise, wie diese Gesetzgebung zustande kam, macht sie anfällig für willkürliche Entscheidungen, da eine angemessene Prüfung und Bewertung umgangen wurden. Dieser Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit gibt der Europäischen Kommission die Möglichkeit, Maßnahmen wie finanzielle Sanktionen zu ergreifen, wie sie in der Konditionalitätsverordnung vorgesehen sind.³⁸ Kritiker:innen haben zudem davor gewarnt, dass die Auflösung der Sonderstaatsanwaltschaft die laufenden Ermittlungen zum Mord an dem Journalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová im Jahr 2018 beeinträchtigen könnte.³⁹

Die geplante Abschaffung des Amtes hat innerhalb der Opposition Besorgnis ausgelöst. Nach Ansicht des slowakischen MEP Martin Hojsík von Progresívne Slovensko muss die EU schnell reagieren, da Premierminister Robert Fico in beispielloser Weise die Rechtsstaatlichkeit in der Slowakei angreift. Er kritisierte auch die gefährlichen Änderun-

gen am slowakischen Rechtssystem und Strafrechtsgesetz, die ohne eine gründliche Debatte vorgenommen und im Schnellverfahren beschlossen wurden.⁴⁰ Hojsik betonte zusätzlich den Ernst der Lage, da diese Reform inmitten laufender Prozesse und Ermittlungen der Sonderstaatsanwaltschaft fällt. Seiner Meinung nach sei dies kein Zufall, da diese Ermittlungen im Zusammenhang mit Ficos Partei Smer stehen.

Dies wäre nicht nur für die Slowakei, sondern für alle Europäer:innen besorgniserregend, da sich die Behörde auch mit Korruptionsfällen im Zusammenhang mit dem Missbrauch von EU-Geldern befasst. Sophie in 't Veld, Koordinatorin der Gruppe Renew Europe im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, wies auf die fehlende Straffreiheit für diejenigen hin, die in Verbrechen und Korruption verwickelt sind, wobei letzteres eine Beleidigung für Jan Kuciaks Familie und eine Schande für das Erbe sei, das er hinterlassen hat. Vor sechs Jahren kämpfte die slowakische Bevölkerung für ein Ende der Korruption, doch die Ergebnisse der Wahlen von 2023 zeigen eine andere Geschichte und verstärken die Wiedereinführung des alten korrupten Regimes.⁴¹

Seit der Machtübernahme der vorherigen Regierung im Jahr 2020, die mit einem Anti-Korruptions-Wahlkampf angetreten war, wurden Dutzende von hochrangigen Beamten:innen, Polizeibeamten:innen, Richter:innen, Staatsanwälte:innen, Politiker:innen und Geschäftsleuten, die mit Smer in Verbindung stehen, wegen Korruption und anderer Straftaten angeklagt und verurteilt. Die Verfahren gegen eine Reihe weiterer Personen sind noch nicht abgeschlossen.⁴² Die Sonderstaatsanwaltschaft hat im Jahr 2020 über 100 Verfahren gegen Wirtschaftsführer:innen, Mitglieder der Justiz und der Polizei eingeleitet. Das Strafausmaß für viele dieser Taten, inklusive für den Missbrauch von EU-Geldern, Korruption, Steuerbetrug und die Manipulation von öffentlichen Ausschreibungen werden nun geändert, gesenkt oder ausgesetzt und Verjährungsfristen verkürzt.⁴³ Um die Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern, riefen führende Vertreter:innen der Opposition, darunter Michal Simecka, der Vorsitzende der Oppositionspartei Progressive Slowakei, im Dezember 2023 zu Protesten unter dem Motto "Lasst sie uns

stoppen" auf. Die Demonstrationen wurden von anderen Oppositionsparteien wie der neoliberalen SaS und der christdemokratischen KDH unterstützt, während die rechtspopulistische Partei Slowakei (ehemals OLaNO) ihren eigenen Protest organisierte.⁴⁴ Tausende Menschen schlossen sich den Protesten in der Slowakei an, und auch in Prag und Brno in der Tschechischen Republik, in Krakau in Polen und in Paris gab es Demonstrationen.⁴⁵ Im Dezember protestierten rund 20.000 Menschen in Bratislava, doch die Proteste bleiben erfolglos,⁴⁶ da das slowakische Parlament trotz aller Unstimmigkeiten in der Öffentlichkeit das umstrittene Gesetz zur Abschaffung der Sonderstaatsanwaltschaft im Januar 2024 verabschiedete und dabei die Bedenken der Europäischen Kommission ignorierte.⁴⁷

Es ist notwendig, dass die Europäische Union Maßnahmen gegen ein solches Fehlverhalten ergreift. Die Kommission kann als Reaktion darauf möglicherweise rechtliche Schritte und haushaltspolitische Konsequenzen einleiten, wie dies in den vergangenen Jahren auch gegenüber Polen und Ungarn geschehen ist.⁴⁸ Wie die für Werte und Transparenz zuständige EU-Kommissarin Vera Jourova anmerkte, "kann ein Staat, der keinen Schutz vor Korruption garantiert, keine Mittel erhalten", wobei sie besonders kritisch anmerkte, dass dadurch einige Fälle "unter den Teppich gekehrt" werden könnten.⁴⁹

Auch das Europäische Parlament hat mit 496 Ja-Stimmen, 70 Nein-Stimmen und 64 Enthaltungen eine Entschließung angenommen, in der die Fähigkeit der Slowakei zur Korruptionsbekämpfung und zum Schutz des EU-Haushalts in Frage gestellt wird.⁵⁰ Die Europäische Staatsanwaltschaft erklärte, die Pläne der Slowakei gefährdeten den Schutz der finanziellen Interessen der EU und ihr Programm zur Korruptionsbekämpfung.⁵¹ Darüber hinaus sind MEPs besorgt über die geplante Umstrukturierung des slowakischen Rundfunks und Fernsehens (RTVS) und fordern ein Ende der verbalen Angriffe auf Einzelpersonen und Medienvertreter:innen, die in der Vergangenheit Gewaltverbrechen begünstigt haben.⁵²

Die Slowakei hat einen ähnlichen Weg in Richtung Illiberalismus eingeschlagen wie das Regime von Orbán und es besteht wenig Zuversicht, dass die Institutionen der Europäischen Union in der Lage sein

werden, Ficos Bestrebungen zu stoppen. Darüber hinaus ist sich der Premierminister der Tatsache bewusst, dass die Europäische Union jahrelang versagt hat, den Missbrauch demokratischer Standards in Bezug auf Orbáns Ungarn zu stoppen, und scheint sich daher nicht durch die Androhung von EU-Maßnahmen beunruhigen zu lassen. Die EU ist nicht in der Lage, schnell genug zu handeln, um wirksame Maßnahmen zu ergreifen, und die slowakische Regierung weiß das.⁵³

7. Zusammenfassung

Am 27. Februar traf sich die Visegrád-Gruppe in Prag, um über die Zukunft des Formats zu sprechen. Ein Gipfeltreffen der Premierminister der Visegrád-Vier sollte erörtern, ob das V4-Format noch eine Zukunft hat. Nach dem Treffen ist klar, dass sich die V4 weiterentwickeln - denn die Staats- und Regierungschefs waren sich einig, dass die Länder weiterhin viele Gemeinsamkeiten haben. Obwohl viele Themen sie trennen, ist das Format nach wie vor eine wichtige Plattform für die beteiligten Länder und es bleibt ein wichtiges Format für Mitteleuropa und die Europäische Union insgesamt.

Laut Fico war das erwähnte Treffen eines der wichtigsten Treffen für die Zukunft der V4. Seiner Ansicht nach kann die V4 in der kommenden Zeit ein äußerst wichtiges regionales Format sein. "Ja, wir haben unterschiedliche Ansichten zu einigen Dingen. Ich glaube nicht an eine militärische Lösung des Konflikts in der Ukraine, ich glaube an einen sofortigen Waffenstillstand, ich glaube an Friedensverhandlungen... Aber in ein paar Jahren wird dieser Krieg

vorbei sein. Wir mögen dann nicht mehr da sein, aber das V4-Format bleibt wichtig. Wir haben Visionen vor uns, auf die wir in der regionalen Zusammenarbeit reagieren müssen", sagte Fico⁵⁴ und nannte die EU-Erweiterung als Beispiel. Laut dem tschechischen Premierminister haben die V4 sicherlich eine etwas andere institutionelle Dynamik als vor der russischen Aggression in der Ukraine, aber eine Kommunikation auf vielen Ebenen sei immer noch möglich, um gemeinsame Lösungen zu finden, so Premierminister Fiala.⁵⁵

Die nahe Zukunft wird zeigen, ob das Format der Belastung durch den Krieg und interne Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ländern standhalten wird. Die V4 sollten auch darauf achten, es sich nicht zu bequem zu machen, denn es könnte sein, dass einzelne Visegrád-Länder versuchen, sich in alternativen Formaten der regionalen Zusammenarbeit zu engagieren, insbesondere die Slowakei und die Tschechische Republik könnten sich stärker im Rahmen des Slawkow-Dreiecks oder der Central-Five-Initiative mit Österreichs engagieren. Was Polen betrifft, so könnte dieses Land ein verstärktes Interesse am Weimarer Dreieck bekunden und seine Interessen in der Drei-Meeres-Initiative umsetzen.⁵⁶

About the Author

JUDr. Livia Benko, M.A., ist Research Fellow am Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES). Zu ihren Forschungs- und Publikationsschwerpunkten zählen regionale Stabilität in Zentraleuropa (insbesondere in den Visegrad-Staaten), Österreichs Beteiligung an der Drei-Meere-Initiative und das Central European Defence Cooperation Format (CEDC).

¹ McBride, Julian. 2024. "The Visegrád Group Internal Conflict." *The Geopolitics*, 27. Jänner; abgerufen am 07. März 2024. <https://thegeopolitics.com/the-Visegrád-group-internal-conflict/>.

² Ministry of Foreign Affairs Republic of Poland. "Visegrád Group." Abgerufen am 08.03.2024. <https://www.gov.pl/web/diplomacy/Visegrád-group>.

³ McBride 2024

⁴ Ministry of Foreign Affairs Republic of Poland

⁵ Dutta, Ankita. 2023. "A Divided 'Visegrád Four' Navigates Relations with the European Union." ORF Observer Research Foundation, 03. Oktober; Abgerufen am 07. März 2024. <https://www.orfonline.org/research/a-divided-Visegrád-four-navigates-relationships-with-the-european-union>.

⁶ Bąk-Pitucha, Aneta. 2023. "The Role of the Visegrád Group in the European Security System." *Przegląd Strategiczny* 16. https://www.researchgate.net/publication/377621816_The_Role_of_the_Visegrád_Group_in_the_European_Security_System.

⁷ Association for International Affairs. 2024. "About Visegrád Group – V4." Abgerufen am 08. März 2024. <https://www.amo.cz/en/models/model-v4/about-Visegrád-group-v4/>.

⁸ McBride 2024

⁹ Cameron, Jasmine D., Scott Cullinane, Judge Dariusz Mazur; Anna Wójcik. 2023. "Poland: Why Rule of Law Matters as the Country Faces a Pivotal Election." *Just Security*, 13. Oktober;

Abgerufen am 14. März 2024. <https://www.justsecurity.org/89450/poland-why-rule-of-law-matters-as-the-country-faces-a-pivotal-election/>.

¹⁰ European Movement International. 2023. "This is a 'Whatever It Takes' moment for the protection of the Rule of Law." Policy Focus, 14. November; Abgerufen am 11. März 2024. <https://europeanmovement.eu/policy-focus/this-is-a-whatever-it-takes-moment-for-the-protection-of-the-rule-of-law/>.

¹¹ Riegert, Bernd. 2023. "Rule of law: EU reprimands Poland and Hungary." Deutsche Welle, 07. September; Abgerufen am 14. März 2024. <https://www.dw.com/en/rule-of-law-eu-reprimands-poland-and-hungary/a-66165982>.

¹² European Movement International 2023

¹³ The Left in the European Parliament. 2023. "Hungary can't get away with rule of law violations." 01. Juni; Abgerufen am 13. März 2024. <https://left.eu/hungary-cant-get-away-with-the-violation-of-the-rule-of-law/>.

¹⁴ European Commission. 2023. "Commission considers that Hungary's judicial reform addressed deficiencies in judicial independence, but maintains measures on budget conditionality." Press release, 13. Dezember; Abgerufen am 04. März 2024. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_6465.

¹⁵ Riegert 2023

¹⁶ McBride 2024

¹⁷ Association for International Affairs 2024

¹⁸ Brudzinska, Kinga. 2023. "Dynamics of the Visegrád Group. Navigating Political Shifts, Challenges and Prospects for EU Enlargement." Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, 12. Dezember; Abgerufen am 06. März 2024. <https://www.idm.at/dynamics-of-the-Visegrád-group-navigating-political-shifts-challenges-and-prospects-for-eu-enlargement/>.

¹⁹ Association for International Affairs 2024

²⁰ Turco, Fabio. 2023. "Looking Ahead: 2024 Prospects for the Visegrád Group. Reset Dialogues." <https://www.resetdoc.org/story/looking-ahead-2024-prospects-Visegrád-group/>.

²¹ Association for International Affairs 2024

²² Brudzinska 2023

²³ Edwards, Christian. 2024. "Child abuse scandal rattles Orban's image as defender of 'family values'." CNN, 17. Februar; Abgerufen am 11. März 2024. <https://edition.cnn.com/2024/02/17/europe/hungary-child-abuse-scandal-orban-family-values-europe-intl/index.html>.

²⁴ Turco 2023

²⁵ Ibid.

²⁶ Fraňková, Ruth. 2024. "Czechia cancels intergovernmental consultations with Slovaks." Radio Prague International, 03. Juli; Abgerufen am 07. März 2024. <https://english.radio.cz/czechia-cancels-intergovernmental-consultations-slovaks-8810574>.

²⁷ McBride 2024

²⁸ Ministry of Foreign Affairs of the Czech Republic. 2023. "Programme of the Czech Presidency of the Visegrád Group 2023/2024 'V4 Citizens'." https://mzv.gov.cz/file/5119287/MZV_V4_program_A4_ENG_20_6_23_final.pdf.

²⁹ Csanyi, Peter. 2023. "Slovakia political briefing: The Review of Slovak Political Development in 2023." China CEE Institute 68(1),

Dezember. <https://china-cee.eu/2024/01/09/slovakia-political-briefing-the-review-of-slovak-political-development-in-2023/>.

³⁰ Jochecová, Ketrin. 2023. "Robert Fico to become Slovakia's new prime minister." Politico, 24. Oktober; Abgerufen am 11. März 2024. <https://www.politico.eu/article/robert-fico-become-slovakia-new-prime-minister/>.

³¹ Csanyi 2023

³² The Associated Press. 2023. "Slovakia's new government closes prosecutor's office that deals with corruption and serious crimes." 06. Dezember; Abgerufen am 04. März 2024. <https://apnews.com/article/slovakia-fico-corruption-prosecutor-398203de0f6e43f6c3657c8d09d57425>.

³³ Bayer, Lili. 2024. "Growing fears for Slovakian press freedom amid government crackdown." The Guardian, 04. Jänner; Abgerufen am 11. März 2024. <https://www.theguardian.com/world/2024/jan/04/growing-fears-for-slovakian-press-freedom-amid-government-crackdown>.

³⁴ Ibid.

³⁵ Ibid.

³⁶ Rhawi, Caroline. 2023. "Rule of Law in Slovakia threatened by new draft law." Renew Europe, 13. Dezember; Abgerufen am 12. März 2024. <https://www.reneweuropegroup.eu/news/2023-12-13/rule-of-law-in-slovakia-threatened-by-new-draft-law>.

³⁷ Sybera, Albin. 2023. "Slovakia's new government approves dismantling of Special Prosecutor Office." Bne intellinews, 07. Dezember; Abgerufen am 07. März 2024. <https://www.intellinews.com/slovakia-s-new-government-approves-dismantling-of-special-prosecutor-office-304644/>.

³⁸ Article 19. 2024. "Slovakia: Reject proposed changes to whistleblower legislation." 09. Jänner; Abgerufen am 14. März 2024. <https://www.article19.org/resources/slovakia-reject-proposed-changes-to-whistleblower-legislation/>.

³⁹ European Parliament. 2023. "Slovakia: MEPs to debate fight against corruption and rule of law situation." News Briefing, 07. Dezember; Abgerufen am 15. März 2024. <https://www.europarl.europa.eu/news/en/agenda/briefing/2023-12-11/18/slovakia-meps-to-debate-fight-against-corruption-and-rule-of-law-situation>.

⁴⁰ Rhawi 2023

⁴¹ Ibid.

⁴² The Associated Press 2023

⁴³ Lopatka, Jan. 2024. "Slovakia approves criminal law reforms that sparked protests." Reuters, 08. Februar; Abgerufen am 07. März 2024. <https://www.reuters.com/world/europe/slovakia-approves-criminal-law-reforms-that-sparked-protests-2024-02-08/>.

⁴⁴ Sybera 2023

⁴⁵ Fox News. 2023. "Thousands take to streets in Slovakia in nationwide anti-government protests." 25. Jänner; Abgerufen am 11. März 2024. <https://www.foxnews.com/world/thousands-take-streets-slovakia-nationwide-anti-government-protests>.

⁴⁶ Gosling, Tim. 2024. "Is Slovakia on a fast track to illiberalism?" Deutsche Welle, 15. Jänner; Abgerufen am 07. März 2024. <https://www.dw.com/en/worries-for-rule-of-law-in-slovakia-as-fico-targets-courts/a-67985576>.

⁴⁷ Lopatka 2024

⁴⁸ Ibid.

⁴⁹ Ibid.

⁵⁰ European Parliament. 2024. "Parliament concerned about the rule of law in Slovakia." News Press Release, 17. Jänner; Abgerufen am 12. März 2024. <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20240112IPR16770/parliament-concerned-about-the-rule-of-law-in-slovakia>.

⁵¹ The Associated Press. 2024. "Thousands protest in Slovakia against plan to amend penal code and close special prosecutor's office." 26. Jänner; Abgerufen am 08. März 2024. <https://apnews.com/article/slovakia-penal-code-protests-robert-fico-7fbd3c9cfb4f97298f00a0fca01c3e15>.

⁵² European Parliament 2024

⁵³ Gosling 2024

⁵⁴ Jánošová, Barbora. 2024. "Summit premiérov V4: Fica a Orbána v Prahe vypískali." Noviny, 27. Februar; Abgerufen am 11. März 2024. <https://www.noviny.sk/politika/895506-summit-premierov-v4-fiala-v-prahe-privital-fica-orbana-aj-tuska>.

⁵⁵ Ibid.

⁵⁶ Brudzinska 2023

Bibliografie

Article 19. 2024. "Slovakia: Reject proposed changes to whistle-blower legislation." 09. Jänner; Abgerufen am 14. März 2024. <https://www.article19.org/resources/slovakia-reject-proposed-changes-to-whistle-blower-legislation/>.

Association for International Affairs. 2024. "About Visegrád Group – V4." Abgerufen am 08. März 2024. <https://www.amo.cz/en/models/model-v4/about-visegrad-group-v4/>.

Bąk-Pitucha, Aneta. 2023. "The Role of the Visegrád Group in the European Security System." *Przegląd Strategiczny* 16. https://www.researchgate.net/publication/377621816_The_Role_of_the_Visegrad_Group_in_the_European_Security_System.

Bayer, Lili. 2024. "Growing fears for Slovakian press freedom amid government crackdown." *The Guardian*, 04. Jänner; Abgerufen am 11. März 2024. <https://www.theguardian.com/world/2024/jan/04/growing-fears-for-slovakian-press-freedom-amid-government-crackdown>.

Brudzinska, Kinga. 2023. "Dynamics of the Visegrád Group. Navigating Political Shifts, Challenges and Prospects for EU Enlargement." *Institut für den Donauraum und Mitteleuropa*, 12. Dezember; Abgerufen am 06. März 2024. <https://www.idm.at/dynamics-of-the-visegrad-group-navigating-political-shifts-challenges-and-prospects-for-eu-enlargement/>.

Cameron, Jasmine D., Scott Cullinane, Judge Dariusz Mazur; Anna Wójcik. 2023. "Poland: Why Rule of Law Matters as the Country Faces a Pivotal Election." *Just Security*, 13. Oktober; Abgerufen am 14. März 2024. <https://www.justsecurity.org/89450/poland-why-rule-of-law-matters-as-the-country-faces-a-pivotal-election/>.

Csanyi, Peter. 2023. "Slovakia political briefing: The Review of Slovak Political Development in 2023." *China CEE Institute* 68(1), Dezember. <https://china-cee.eu/2024/01/09/slovakia-political-briefing-the-review-of-slovak-political-development-in-2023/>.

Dutta, Ankita. 2023. "A Divided 'Visegrád Four' Navigates Relations with the European Union." *ORF Observer Research Foundation*, 03. Oktober; Abgerufen am 07. März 2024. <https://www.orfonline.org/research/a-divided-visegrad-four-navigates-relations-with-the-european-union>.

Edwards, Christian. 2024. "Child abuse scandal rattles Orbán's image as defender of 'family values'." *CNN*, 17. Februar; Abgerufen am 11. März 2024. <https://edition.cnn.com/2024/02/17/europe/hungary-child-abuse-scandal-orban-family-values-europe-intl/index.html>.

European Commission. 2023. "Commission considers that Hungary's judicial reform addressed deficiencies in judicial independence, but maintains measures on budget conditionality." Press release, 13. Dezember; Abgerufen am 04. März 2024. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_6465.

European Movement International. 2023. "This is a 'Whatever It Takes' moment for the protection of the Rule of Law." *Policy Focus*, 14. November; Abgerufen am 11. März 2024. <https://europeanmovement.eu/policy-focus/this-is-a-whatever-it-takes-moment-for-the-protection-of-the-rule-of-law/>.

European Parliament. 2023. "Slovakia: MEPs to debate fight against corruption and rule of law situation." News Briefing, 07. Dezember; Abgerufen am 15. März 2024.

- <https://www.europarl.europa.eu/news/en/agenda/briefing/2023-12-11/18/slovakia-meps-to-debate-fight-against-corruption-and-rule-of-law-situation>.
- European Parliament. 2024. "Parliament concerned about the rule of law in Slovakia." News Press Release, 17. Jänner; Abgerufen am 12. März 2024. <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20240112IPR16770/parliament-concerned-about-the-rule-of-law-in-slovakia>.
- Fox News. 2023. "Thousands take to streets in Slovakia in nationwide anti-government protests." 25. Jänner; Abgerufen am 11. März 2024. <https://www.foxnews.com/world/thousands-take-streets-slovakia-nationwide-anti-government-protests>.
- Fraňková, Ruth. 2024. "Czechia cancels intergovernmental consultations with Slovaks." Radio Prague International, 03. Juli; Abgerufen am 07. März 2024. <https://english.radio.cz/czechia-cancels-intergovernmental-consultations-slovaks-8810574>.
- Gosling, Tim. 2024. "Is Slovakia on a fast track to illiberalism?" Deutsche Welle, 15. Jänner; Abgerufen am 07. März 2024. <https://www.dw.com/en/worries-for-rule-of-law-in-slovakia-as-fico-targets-courts/a-67985576>.
- Jánošová, Barbora. 2024. "Summit premiérov V4: Fica a Orbána v Prahe vypískali." Noviny, 27. Februar; Abgerufen am 11. März 2024. <https://www.noviny.sk/politika/895506-summit-premierov-v4-fiala-v-prahe-privital-fica-orbana-aj-tuska>.
- Jochecová, Ketrin. 2023. "Robert Fico to become Slovakia's new prime minister." Politico, 24. Oktober; Abgerufen am 11. März 2024. <https://www.politico.eu/article/robert-fico-become-slovakia-new-prime-minister/>.
- Lopatka, Jan. 2024. "Slovakia approves criminal law reforms that sparked protests." Reuters, 08. Februar; Abgerufen am 07. März 2024. <https://www.reuters.com/world/europe/slovakia-approves-criminal-law-reforms-that-sparked-protests-2024-02-08/>.
- McBride, Julian. 2024. "The Visegrád Group Internal Conflict." The Geopolitics, 27. Jänner; abgerufen am 07. März 2024. <https://thegeopolitics.com/the-Visegrád-group-internal-conflict/>.
- Ministry of Foreign Affairs of the Czech Republic. 2023. "Programme of the Czech Presidency of the Visegrád Group 2023/2024 'V4 Citizens'." https://mzv.gov.cz/file/5119287/MZV_V4_program_A4_ENG_20_6_23_final.pdf.
- Ministry of Foreign Affairs Republic of Poland. "Visegrád Group." Abgerufen am 08.03.2024. <https://www.gov.pl/web/diplomacy/Visegrád-group>.
- Rhawi, Caroline. 2023. "Rule of Law in Slovakia threatened by new draft law." Renew Europe, 13. Dezember; Abgerufen am 12. März 2024. <https://www.reneweuropegroup.eu/news/2023-12-13/rule-of-law-in-slovakia-threatened-by-new-draft-law>.
- Riegert, Bernd. 2023. "Rule of law: EU reprimands Poland and Hungary." Deutsche Welle, 07. September; Abgerufen am 14. März 2024. <https://www.dw.com/en/rule-of-law-eu-reprimands-poland-and-hungary/a-66165982>.
- Sybera, Albin. 2023. "Slovakia's new government approves dismantling of Special Prosecutor Office." Bne intellinews, 07. Dezember; Abgerufen am 07. März 2024. <https://www.intellinews.com/slovakia-s-new-government-approves-dismantling-of-special-prosecutor-office-304644/>.
- The Associated Press. 2023. "Slovakia's new government closes prosecutor's office that deals with corruption and serious crimes." 06. Dezember; Abgerufen am 04. März 2024. <https://apnews.com/article/slovakia-fico-corruption-prosecutor-398203de0f6e43f6c3657c8d09d57425>.
- The Associated Press. 2024. "Thousands protest in Slovakia against plan to amend penal code and close special prosecutor's office." 26. Jänner; Abgerufen am 08. März 2024. <https://apnews.com/article/slovakia-penal-code-protests-robert-fico-7fbd3c9cfb4f97298f00a0fca01c3e15>.
- The Left in the European Parliament. 2023. "Hungary can't get away with rule of law violations." 01. Juni; Abgerufen am 13. März 2024. <https://left.eu/hungary-cant-get-away-with-the-violation-of-the-rule-of-law/>.
- Turco, Fabio. 2023. "Looking Ahead: 2024 Prospects for the Visegrád Group. Reset Dialogues." <https://www.resetdoc.org/story/looking-ahead-2024-prospects-Visegrád-group/>.

© Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik, 2024

All rights reserved. Reprinting or similar or comparable use of publications of the Austria Institute for European and Security Policy (AIES) are only permitted with prior permission. The articles published in the AIES Focus series exclusively reflect the opinions of the respective authors.

Dr. Langweg 3, 2410 Hainburg/Donau

Tel. +43 (1) 3583080

office@aies.at | www.aies.at

Layout Design: Julia Drössler